

Niederschrift



Gremium: **8. Sitzung des Kreistages**
Sitzungsdatum: **Donnerstag, den 28.05.2009**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Großer Sitzungssaal 184, 1. Stock**
Beginn: 09:08 Uhr Ende: 10:38 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:
Martin Sailer

Mitglieder:

Walter Aumann	bis 10:32 Uhr
Peter Baumeister	
Peter Bergmeir	
Friedlinde Besserer	
Dr. Markus Brem	
Hannelore Britzlmair	
Manfred Buhl	
Hans-Peter Dangl	
Silvia Daßler	
Konrad Dobler	entschuldigt
Renate Durner	entschuldigt
Hansjörg Durz	
Marlies Fasching	
Franz Fendt	
Markus Ferber	entschuldigt
Annemarie Finkel	
Anni Fries	
Ludwig Fröhlich	
Dieter Gerstmayr	
Hannes Grönninger	
Sabine Grünwald	
Harald Güller	
Bernhard Hannemann	
Johann Häusler	
Dr. Michael Higl	
Sabine Höchtl-Scheel	
Ulrike Höfer	
Peter Högg	
Fritz Hölzl	
Gabriele Huber	
Karl Heinz Jahn	
Ursula Jung	
Pius Kaiser	

Annegret Kirstein	
Henriette Kirst-Kopp	
Georg Klaußner	
Alexander Kolb	
Hubert Kraus	
Rudolf Lautenbacher	
Albert Lettinger	
Heinz Liebert	
Gerhard Mößner	
Bernd Müller	
Lorenz Müller	entschuldigt
Franz Neher	
Dr. Manfred Nozar	
Gabriele Olbrich-Krakowitzer	
Jürgen Reichert	entschuldigt
Paul Reibacher	
Gerhard Ringle	
Eva Rößner	
Alfred Sartor	
Jürgen Schantin	
Joachim Schoner	entschuldigt
Peter Schönfelder	
Franz Settele	
Siegfried Skarke	
Stefan Steinbacher	entschuldigt
Robert Steppich	
Max Strehle	
Dr. Simone Strohmayr	entschuldigt
Dr. Max Stumböck	
Carolina Trautner	
Otto Völk	
Karl-Heinz Wagner	entschuldigt
Bernhard Walter	
Mathilde Wehrle	
Frank Weiher	entschuldigt
Robert Wittmann	
Peter Ziegelmeier	

Verwaltung:

Stefan Natterer
Michael Püschel
Lothar Schneider
Martin Seitz

Weitere Anwesende:

Sabine Schneider-Dempf, Abfallwirtschaftsbetrieb (zu TOP 4 und 5)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH für das gemeinsame Regionalmarketing und Regionalmanagement im Wirtschaftsraum Augsburg
Vorlage: 09/0092
2. Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH
Vorlage: 09/0093
3. Beirat für Soziales und Seniorenfragen im Landkreis Augsburg;
Änderung der Geschäftsordnung und Bestellung der stellvertretenden Mitglieder
Vorlage: 09/0081
4. Abfallwirtschaft
Jahresabschluss zum 31.12.2007;
- Feststellung und Ergebnisverwendung gemäß § 25 Abs. 3 EBV
- Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2007 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO
Vorlage: 09/0089
5. Abfallwirtschaft
Jahresabschluss zum 31.12.2009;
Bestellung eines Prüfers gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung
Vorlage: 09/0090
6. Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Augsburg
Vorlage: 09/0091
7. Verschiedenes
8. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Vor Eintritt in die Beratungen spricht Landrat Sailer den unten aufgeführten Personen seine Glückwünsche zum Geburtstag aus:

Am 23.03.2009 feierte Kreisheimatpfleger Prof. Dr. Walter Pötzl aus Neusäß, Mitglied des Kreistages von 1972 bis 2008, seinen 70. Geburtstag.

Am 07.04.2009 feierte Kreisrat a. D. Manfred Brill aus Fischach seinen 60. Geburtstag. Er war von 1996 bis 2000 Mitglied des Kreistages.

Ebenfalls seinen 60. Geburtstag konnte Kreisrat a. D. Franz Kraus aus Altenmünster am 14.04.2009 feiern. Franz Kraus war von 2000 bis 2008 Mitglied im Kreistag.

Seinen 75. Geburtstag beging Kreisrat a. D. und Altbürgermeister Johann Merk aus Wehringen am 17.04.2009. Johann Merk war Mitglied des Kreistages von 1996 bis 2008 sowie von 1978 bis 2008 Bürgermeister der Gemeinde Wehringen.

Am 25.04.2009 feierte Kreisrat a. D. Georg Fritz, Kreistagsmitglied von 1972 bis 2008, aus Bobingen seinen 70. Geburtstag.

Ebenfalls seinen 70. Geburtstag feierte am 08.05.2009 Kreisrat a. D. Ingo Liersch aus Königsbrunn. Er war von 1984 bis 1996 Mitglied des Kreistages.

Am 12.05.2009 konnte Kreisrat a. D. Xaver Steppich aus Zusmarshausen seinen 70. Geburtstag feiern. Xaver Steppich war Mitglied des Kreistages von 1996 bis 2008.

Ihren 70. Geburtstag feierte Kreisrätin a. D. Ellen Blask aus Meitingen am 16.05.2009.

Außerdem gratuliert Landrat Sailer dem Kreistagskollegen Robert Wittmann, der am 27.05.2009 seinen 40. Geburtstag feierte.

Öffentliche Sitzung**TOP 1 Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH für das gemeinsame Regionalmarketing und Regionalmanagement im Wirtschaftsraum Augsburg
Vorlage: 09/0092**

- Anlagen:
- 1 Entwurf Gesellschaftsvertrag
 - 2 Geschäftsfelder
 - 3 Tätigkeitsschwerpunkte Regio Augsburg Wirtschaft GmbH
 - 4 Gesellschaftsstruktur
 - 5 a Finanzierung für 2009
 - 5 b Businessplan 2009 bis 2013
 - 5 c Wirtschaftsplan 2. Halbjahr 2009
 - 6 internes Organigramm

Der Landkreis Augsburg hat zusammen mit der Stadt Augsburg und dem Landkreis Aichach-Friedberg im Jahr 2004 die kommunale Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsraum Augsburg gegründet. Die damalige Augsburg AG wurde zur Geschäftsstelle bestimmt und im Jahre 2005 mit der Konzeption und Umsetzung einer Standortmarketing-Kampagne, dann unter der Marke A³, beauftragt. Nach zweimaliger Verlängerung der Projektlaufzeit (bis 30.06.2009) ist ein lückenloser Übergang zum 01.07.2009 auf die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH geplant. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsraum Augsburg könnte dann als Konsequenz aufgelöst werden.

Zuletzt befasste sich der Kreisausschuss des Landkreises Augsburg in den Sitzungen vom 12.01.2009, 30.03.2009 und am 20.04.2009 mit dem Thema „Regio Augsburg Wirtschaft GmbH.

In einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses der Stadt Augsburg, des Kreisentwicklungsausschusses des Landkreises Aichach-Friedberg und des Kreisausschusses des Landkreises Augsburg am 20.04.09 wurde die Thematik vorgestellt und eingehend diskutiert.

Die Handlungsschwerpunkte im Bereich Regionalmarketing waren bislang:

- Erstellung eines Marketingkonzepts aufbauend auf den wichtigsten Kompetenzfeldern der Region
- Erarbeiten von Kompetenzfeldbroschüren, Regionalmagazinen und Newslettern
- Erstellung und laufender Betrieb des Internetauftritts www.region-a3.com
- Teilnahme an Immobilien- und Fachmessen
- Durchführung von (Marketing-) Veranstaltungen
- Durchführen von Netzwerkveranstaltungen
- Konzeptionsphase des Regionalmanagements für den Wirtschaftsraum Augsburg

Der A³-Etat belief sich bisher auf jährlich 125.000,-- € (zzgl. 80.000,-- € EXPOREAL). Die Finanzierung erfolgte zu 50 % von der Stadt Augsburg und zu je 25 % von den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg. Der Landkreisanteil betrug dabei jährlich 51.500,-- € (31.500,-- € + 20.000,-- €).

Für Sach- und Personalkosten wurden im Rahmen der Kooperationsvereinbarung jährlich 25.000,-- € als A³-Basisfinanzierung von den Kooperationspartnern bereit gestellt. Dieser

Betrag reichte nach Auskunft der Augsburg AG / Augsburg GmbH nicht aus, um die realen Personal- und Sachkosten der A³-Aktivitäten abzudecken. Die Differenz wurde von der Augsburg AG finanziert. Nach deren Aussage wurden dafür im gesamten Zeitraum mittelbar über Personal- und Sacheinsatz über 500.000,-- € aufgewendet.

Der Gesellschaftsvertrag (Anlage 1) mit Strukturen, Geschäftsfeldern bzw. Tätigkeitsschwerpunkten und dem Etat der geplanten neuen Regio Augsburg Wirtschaft GmbH ist zwischen den drei Gebietskörperschaften auf Verwaltungsebene abgestimmt.

1. Handlungsschwerpunkte der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH (siehe Anlage 2 + 3)

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur des Wirtschaftsraums Augsburg durch

- **Regionalmarketing** (nach innen wie insbesondere nach außen) durch die Kommunikation der Standortfaktoren und der Kompetenzfelder des Wirtschaftsraums Augsburg. Dazu zählen auch die Identifizierung und spezifische Ansprache von Unternehmen, die zu den im Wirtschaftsraum vorhandenen Kompetenzen und Netzwerke passen und deshalb grundsätzlich für eine (Teil-)Ansiedlung angesprochen werden können.
- **Regionalmanagement**, d.h. das Identifizieren, das Initiieren und das fallweise Umsetzen von Projekten, die für die wirtschaftliche Zukunft des Wirtschaftsraums Augsburg von besonderer regionaler Bedeutung sind, etwa durch Information, Kooperation, Vernetzung und Koordination sowie die Förderung der regionalen Identität.

Diese Ziele verfolgt die Gesellschaft insbesondere durch:

- Öffentlichkeitsarbeit in Form von PR, Werbeprospekten, Anzeigenschaltungen, Beteiligung an Messen und Ausstellungen etc.
- Aufbereitung und Darstellung der harten und weichen Standortfaktoren im Sinne eines klassischen Standortmarketings (z. B. Kompetenzfelder, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Forschungs- und Entwicklungspotentiale, grundsätzliche Information über Gewerbeimmobilien und -standorte)
- die Intensivierung des Informations- und Erfahrungsaustausches zwischen den Gesellschaftern, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, den technologie- und innovationsorientierten Dienstleistungseinrichtungen, den Unternehmen der Region sowie anderen Institutionen beispielsweise im Rahmen von Arbeitskreisen, Fachgesprächen und Informationsveranstaltungen
- ein gemeinsames Erscheinungsbild (CI/CD) für das Standortmarketing der Region
- die Einrichtung eines Regionalmanagements für den gesamten Wirtschaftsraum
- die Fortführung bereits laufender Projekte im Geschäftsfeld Regionalmanagement, z. B. regionales Netzwerk Forst und Holz sowie ESF-Projekt TEA/Technologietransfer (100 % Fremdfinanzierung)
- Betreuung des Fördervereins Regio Augsburg Wirtschaft GmbH (100 % Fremdfinanzierung)

2. Gesellschaftsstruktur (siehe Anlage 4)

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 Euro.

Geplante Gesellschafter:

- Stadt Augsburg mit 50% Beteiligung am Stammkapital
- Landkreis Augsburg mit 30% Beteiligung am Stammkapital
- Landkreis Aichach-Friedberg mit 20% Beteiligung am Stammkapital

Vorgesehene Organe der Gesellschaft:

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung
- Beirat

Die zusätzliche Installation eines Beirats als Unternehmensorgan soll gewährleisten, dass die Wirtschaftsförderung jedes Gesellschafters eng in die Arbeit der GmbH eingebunden ist. Der Beirat begleitet die Geschäftsführung im laufenden Geschäft, berät den jährlichen Marketing- und Projektplan vor und sorgt für die fachliche und inhaltliche Abstimmung mit den Aktivitäten.

3. Finanzierung (Anlagen 5 a, 5 b und 5 c)

Die Finanzierungsanteile, die die Gesellschafter tragen, sollen wie folgt aufgeteilt werden:

- Stadt Augsburg 50 %
- Landkreis Augsburg 30%
- Landkreis Aichach-Friedberg 20 %

Das Regionalmanagement wird vom Freistaat Bayern zu 50 % bis zu einem Höchstbetrag von 150.000,- € jährlich (Personalkosten) für eine Laufzeit von 3 Jahren bezuschusst.

Die Finanzierungsquote der Gesellschafter für die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH liegt 2009 bei rd. 36%, in den kommenden beiden Jahren bei rd. 30 %. Den Großteil der Einnahmen erzielt die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH aus Zuschüssen des Freistaates Bayern und der EU (ESF-Mittel für TEA-Projekt), vom Förderverein sowie aus Einnahmen von sonstigen Dritten (z.B. Messestandpartner, Anzeigenkunden, Sponsoren etc.).

Das Jahresbudget der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH beläuft sich 2009 auf rd. 665 T€; ab 2010 jährlich auf ca. 1,3 Mio. EUR.

Für den Entwurf des Businessplanes wird davon ausgegangen, dass die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH die Zuschüsse aus dem Regionalmanagement ausschöpft, die Exporeal weiter durchgeführt wird und das Regionalmarketing insbesondere in der PR-Arbeit erweitert wird. Daraus ergibt sich einschließlich der Personal- und Sachkosten ein Zuschussbedarf in Höhe von rd. 385.000,- € pro Jahr für die Jahre 2009, 2010 und 2011, der von den Gesellschaftern aufzubringen ist. In den Folgejahren ist seitens der Gesellschafter über die Kompensation der dann wegfallenden Fördermittel des Freistaates im Bereich Regionalmanagement zu entscheiden (vgl. Businessplan 2009-2013).

Für den Landkreis Augsburg würden sich daraus folgende finanziellen Belastungen ab 01.07.2009 ergeben:

➤	Einmalige Gesellschaftsanteile:	2009	7.500,-- €
➤	Laufende Finanzierung:	2009	70.750,-- €
		2010	115.500,-- €
		2011	115.500,-- €
		2012	138.000,-- €
		ab 2013	160.500,-- €

Die verringerten Beträge in den Jahren 2009 bis 2012 ergeben sich daraus, dass die regionalen Sparkassen und weitere Sponsoren den 50 %-igen regionalen Kostenanteil des Regionalmanagements übernehmen.

4. Personalausstattung (Anlage 6)

Für die Durchführung der oben dargestellten Aufgaben im Bereich des Standortmarketings sowie des Regionalmanagements sind insgesamt 6,3 Stellen vorgesehen.

- Geschäftsleitung
1,8 VZ einschl. Geschäftsführer
- Regionalmarketing
1 VZ
- Regionalmanagement
3,5 VZ (Personalkosten für drei Jahre zu 50 % vom Freistaat Bayern bezuschusst)

Die Vergütung aller Mitarbeiter soll in Anlehnung an den TVL erfolgen.

Personal das zu 100 % durch Dritte finanziert wird:

- Technologietransfer-Projekt TEA (aus Dritt- und Fördermitteln)
2,7 VZ
- Betreuung Förderverein (durch den Förderverein)
0,5 VZ

In der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses des Landkreises Augsburg, des Ausschusses für Kreisentwicklung und Soziales des Landkreises Aichach-Friedberg sowie des Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses der Stadt Augsburg am 20.04.2009 fassten die Gremien der Stadt Augsburg und des Landkreises Aichach-Friedberg folgenden Empfehlungsbeschluss an den Stadtrat bzw. den Kreistag:

1. Dem als Anlage 1 beigefügte Gesellschaftsvertrag der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH wird zugestimmt.
2. Redaktionelle Änderungen im Gesellschaftsvertrag können ohne erneutes Einbringen in die Gremien vorgenommen werden, soweit die wesentlichen Inhalte des Vertrages davon nicht berührt sind.
3. Dem Finanzierungs- und Personalausstattungskonzept wird zugestimmt.

Der Kreisausschuss des Landkreises Augsburg fasste den gleichen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag unter dem Vorbehalt der Beratungen in den Fraktionen und der nächsten Kreisausschusssitzung. Der Kreisausschuss des Landkreises befasste sich in der Sitzung vom 25.05.2009 mit der Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. Darin wurde dem Kreisausschuss die Zustimmung zu den o. g. Punkten 1. bis 3. empfohlen.

Der Kreistag des Landkreises Aichach-Friedberg stimmte der Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH in seiner Sitzung am 29.04.2009, der Stadtrat der Stadt Augsburg stimmte der Gründung am 30.04.2009 zu.

Herr Gerhardt erläutert den oben stehenden Sachverhalt und bittet darum, den § 7 Nr. 8 des Gesellschaftsvertrags um die Regelung des Art. 82 Abs. 2 LKrO zu ergänzen.

Kreisrat Liebert erinnert daran, dass in der gemeinsamen Sitzung in Aichach gewisse Vorbehalte über alle Fraktionen hinweg bestanden. Die CSU-Fraktion habe sich seitdem mit der Problematik nochmals eingehend befasst und hierzu etliche Anmerkungen zu machen.

Die Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH werde als eine Chance, aber auch als eine dringende Notwendigkeit angesehen. Alle 3 Gebietskörperschaften und damit die ganze Region könnten ihre vorhandenen Strukturen und Vorteile bündeln und in die Waagschale werfen. Bisher sei die Stadt Augsburg in der Augsburg AG allein vertreten gewesen, die beiden Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg blieben dabei außen vor. Den künftigen 30 %-Anteil des Landkreises Augsburg hält Kreisrat Liebert für sachgerecht.

Die dringende Notwendigkeit dieser Maßnahme begründet Kreisrat Liebert damit, dass sich die Region auf ein hart umkämpftes Feld begeben. Betrachte man die momentane Wirtschaftssituation, so sei alles im Rückwärtsgang begriffen. Es gebe Rezessions- und Deflationsängste sowie Ängste im Hinblick auf Arbeitsplatzabbau. Diese Krise sei aber auch eine Chance, die man nutzen sollte.

Die Region Augsburg bewege sich im Spannungsfeld zwischen den Metropolregionen München und Nürnberg bis hin in den westlichen Bereich der Region Ulm/Neu-Ulm. Kreisrat Liebert bezieht sich diesbezüglich auf die Ausführungen von ExperConsult. Die bereits im Kreisausschuss mit ExperConsult diskutierten Zwischenergebnisse müssten deshalb in die neue GmbH einfließen. Es solle ein neues Profil erarbeitet werden, mit dem sich der Landkreis Augsburg positiv von seinen Konkurrenten abheben könne. Dies dürfe aber kein vor sich hin arbeiten und keine Selbstbeschäftigung sein. Es müsse dabei mehr herauskommen, als nur 7 Programmpunkte oder Schlagzeilen. Vielmehr müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Was die Wirtschaftsförderung angehe, so müsse man in der jetzigen Situation einen Gang zulegen. Hier sieht Kreisrat Liebert die GmbH in der Pflicht.

Erfreulich sei außerdem, dass der Landkreis Aichach-Friedberg mit Euphorie dabei sei. Dies sei nicht immer so gewesen. Immerhin habe schon einmal die Gefahr bestanden, dass aus A³ ein A² werden könnte. Dies sei nun vom Tisch.

Zur Personalsituation stellt Kreisrat Liebert fest, dass es nicht angehen könne, bestimmte Positionen - vor allem in der Leitungsebene - per Definition zu besetzen. Auch im öffentlichen Bereich gebe es die Grundsätze der Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung. Nachdem es sich bei allen 3 Gebietskörperschaften um öffentliche Gesellschafter handelt, seien die genannten Grundsätze anzuwenden. Die CSU-Fraktion spreche sich deshalb für eine öffentliche Ausschreibung aus.

Der Businessplan sehe vor, dass in den Jahren 2009 bis 2012 mit gebremstem Landkreisanteil gefahren werden könne, nachdem in diesem Zeitraum auch noch die Sparkassen mit von der Partie seien. Dies gelte nicht mehr ab dem Jahr 2013. Ab diesem Zeitpunkt werde das Engagement des Landkreises voll gefordert sein, und zwar mit etwa 170.000 € jährlich. Dieses Geld wolle und müsse der Landkreis auch in die Hand nehmen, um die von der GmbH gesetzten Ziele auch zu verwirklichen.

Die Taten der GmbH müssten sich aber an den Schlagzeilen messen lassen. Hier komme den beiden Aufsichtsgremien, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung, erhebliche Bedeutung zu.

Kreisrat Liebert erklärt abschließend, die CSU-Fraktion könne den Regularien unter Berücksichtigung der heute gemachten Anmerkungen zustimmen.

Kreisrat Güller führt aus, dass mit der Beteiligung an einem gemeinsamen Regionalmarketing/Regionalmanagement und damit auch einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung für die Region Augsburg ein überfälliger Schritt vollzogen werde. Natürlich könne man sich darüber streiten, welcher Teil dieses Schrittes zunächst zu machen gewesen wäre, ob dies die inhaltliche Vertiefung oder die Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH sei.

In den letzten Jahrzehnten hätten insbesondere Landkreis und Stadt Augsburg beim Thema Regionalmanagement und Regionalmarketing zu sehr aneinander vorbei gearbeitet. Es könne festgestellt werden, dass jetzt eine faire Zusammenarbeit gewährleistet sei, und zwar von beiden Partnern. Die CSU im Landkreis Augsburg habe der Augsburg AG immer sehr reserviert gegenüber gestanden. Auf viele der von der Augsburg AG in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Punkte könne man nun aber aufbauen.

Alle Fraktionen seien sich aber wohl auch darüber bewusst, dass heute nur eine Zwischenstation beschritten werde. Der heutige Beschluss sei derzeit eine rein rechtliche Hülle. Im Hinblick auf die Schlagworte Regionalmanagement und Regionalmarketing müsse noch wesentlich intensiver diskutiert werden. Die vorgeschlagenen 3 bzw. 7 Punkte müssten verprobt und mit dem Gutachten zusammengebracht werden, das der Landkreis Augsburg als integriertes Handlungskonzept für seine Wirtschaftsförderung bei einer anderen Firma in Auftrag gegeben habe.

Die Frage des Geschäftsführers sieht Kreisrat Güller ebenso wie die CSU-Fraktion als offen an. Er schätze die Arbeit von Herrn Thiel, aber es müsse eine offene Ausschreibung geben, an der sich alle beteiligen können. Es sei durchaus vorstellbar, dass bei der dann stattfindenden Auswahl der jetzige Name eine bedeutende Rolle spiele. Als unerträglich bezeichnet es Kreisrat Güller, dass in der Zeitung bereits vom Oberbürgermeister der Stadt Augsburg ein Name genannt wurde, als ob dieser schon gesetzt wäre.

Des Weiteren verweist Kreisrat Güller auf 2 finanzielle Klippen in den Plänen. Dies sei zum ersten die Förderung durch die Sparkassen, die momentan im Jahr 2012 auslaufe. Bis dahin müssten andere Finanzierungsformen gefunden werden, entweder durch zusätzliche Mitgliedschaften oder durch höhere Beiträge der 3 Gebietskörperschaften. Damit dies kein Automatismus werde, müsse die Personalstruktur der neuen GmbH so angelegt werden, dass ohne Kündigungen und ohne Zwang der Gebietskörperschaften, mehr Geld zu geben, die entsprechenden Entscheidungen von den Gremien im Jahr 2013 getroffen werden können.

Ein zweites Problem stelle die EU-Förderung dar. Es gebe eine ganze Reihe von EU-Förderungen, die in Businessplan als EU-Nachfolgeförderung bezeichnet seien. Diese EU-Nachfolgeförderung sei noch nicht gesichert. Hier gelte finanziell das Gleiche. Der Personalbestand und die Aktionen müssten so geplant werden, dass ohne Zwänge in den Jahren 2011 und 2012 entschieden werden könne.

Mit Hinblick auf die genannten Punkte stimme die SPD-Fraktion der heutigen Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH zu, so Kreisrat Güller. Er hoffe, dass diese Hülle in den nächsten Wochen und Monaten durch intensive Arbeit in den Gremien der neu geschaffenen GmbH mit Leben gefüllt werde. Insgesamt sehe die SPD-Fraktion eine große Chance, in der Region jetzt endlich Wirtschaftsförderung, Regionalmanagement und Regionalmarketing zusammenzubringen.

Für die Freien Wähler spricht **Kreisrat Hannemann**, der sich im Wesentlichen seinen Vordnern anschließen kann. Der Landkreis sei an einem Zwischenpunkt angelangt, an dem man nun aber auch konkret weitermachen müsse. Die jetzt zu gründende GmbH stelle einen Teil der Wirtschaftsförderung dar, und zwar den überregionalen Bereich.

Darüber hinaus seien noch 2 Schwerpunkte zu bearbeiten. Zum einen sei dies die Einbindung der Wirtschaft. Die Wirtschaft müsse sich in diesem Gremium wieder finden. Die Banken werden diesen Start begleiten. Kreisrat Hannemann geht davon aus, dass diese Hilfe allerdings nicht dauerhaft in Anspruch genommen werden könne. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden neue Partner benötigt. Diese Partner könne und werde man aus der Wirtschaft gewinnen, allerdings nur dann, wenn die Wirtschaft gleichberechtigt in das Konstrukt eingebunden werde. Die Wirtschaft werde die neue GmbH sicherlich unterstützen, sie tue dies jetzt schon über den Förderverein. Hier seien aber noch viele Ressourcen offen. Kreisrat Hannemann betont, dieser Aspekt sei in der Vergangenheit bei der Gründungsphase von A³ zu kurz gekommen.

Dies sei aber nur ein Teilbereich, den der Landkreis in der Wirtschaftsförderung zu bewerkstelligen habe. Von Stv. Landrat Häusler wurde Anfang April angeregt, einen Arbeitskreis einzurichten, dessen Ziel es sein müsse, das neue Konstrukt unter Beteiligung der Wirtschaft in die Wirtschaftsförderung einzubinden, die allein den Landkreis Augsburg betreffe und die auch weiterhin existent sein müsse. Dabei stehe der Landkreis vor hohen Herausforderungen, denn anders als bei der Stadt Augsburg sei es das vornehmste Ziel des Landkreises, auch die Kommunen mitzunehmen und diese von Anfang an in die Wirtschaftsförderung einzubeziehen. Aus diesem Anlass unterstützt Kreisrat Hannemann nachhaltig den Vorschlag, einen solchen Arbeitskreis unter Beteiligung der Wirtschaft einzurichten.

Der Arbeitskreis sollte das klare Ziel haben, die Inhalte und den künftigen Weg zu definieren. Der in den Kommunen und im Landkreis existierende Wirtschaftsförderungsgeist müsse zusammengebracht werden, es müssten - wie von Kreisrat Buhl im Kreisausschuss zutreffend ausgeführt - Synergien erfolgen, aber keine Konkurrenz. Dies bedeute, dass die aus dem Regionalmanagement und Regionalmarketing erzielten Ergebnisse auch wirklich bei den Kommunen ankommen. Hier habe der Landkreis eine wesentlich größere Aufgabe zu schultern als die Stadt Augsburg. Der Arbeitskreis müsse deshalb zeitnah und zeitgleich zur Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH ins Leben gerufen werden.

Die FW-Fraktion werde die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH unterstützen, wolle diese aber auch fordern, mit konkreten Zielen ausstatten sowie kontrollieren und in zeitlichen Abständen zudem ganz kritisch prüfen, ob die GmbH den Anforderungen genüge und ihren Aufgaben auch gerecht worden sei.

Abschließend fasst Kreisrat Hannemann nochmals die beiden von ihm dargelegten Punkte zusammen, und zwar zum einen die Einbindung der Wirtschaft als zukünftigen starken Partner und zum anderen die Begleitung der GmbH durch die eigenen Aktivitäten des Landkreises und einen entsprechenden Arbeitskreis. Auch diesem Gremium sollten Vertreter der Kammern oder sonstiger Berufsverbände angehören. Es sei Aufgabe des Landkreises, ein solches Konstrukt aufzubauen. Die Fraktion der Freien Wähler werde dies deshalb unterstützen und freue sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen befürwortet **Kreisrätin Jung** die Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. Sie hofft auf eine bessere Zusammenarbeit, als dies in der Vergangenheit mit der Stadt Augsburg und dem Landkreis Aichach-Friedberg der Fall gewesen sei. Die Beteiligungsstruktur werde ebenfalls für sinnvoll gehalten. Ebenso wichtig sei es, die Stelle des Geschäftsführers auszuschreiben, wie dies bei einer solchen Position eigentlich üblich sei.

Zudem hält Kreisrätin Jung es für wichtig, dass regelmäßig über die Arbeit der GmbH im Kreistag und in den Gremien berichtet werde, um dann zu prüfen, wie mit dem Regionalmanagement weiter verfahren werden solle. Bis 2012 müsse man sich die entsprechenden Gedanken machen.

Besonders wichtig sei den GRÜNEN außerdem der Klimaschutz, so Kreisrätin Jung. Dies sei ein Thema mit Breitenwirkung für die Zukunft, das gemeinsam mit der Wirtschaft bearbeitet werden müsse. Der vorgeschlagenen Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH stimmt Kreisrätin Jung anschließend unter den genannten Bedingungen zu.

Kreisrat Buhl verweist auf die im Kreisausschuss bereits vorgenommene kritische Würdigung zu diesem Beitritt aus Sicht seiner Fraktion. Die Notwendigkeit sei sicherlich gegeben, der Landkreis müsse sich besser vermarkten und auch besser verkaufen sowie dem Wettbewerb deutlicher akzentuiert stellen, gerade auch gegen die Metropolregion München.

Bauchschmerzen bereite jedoch, dass die neue Gesellschaft von der Struktur und auch vom Personal her ein Ableger der bisherigen Augsburg AG sei. Die Augsburg AG sei gerade deshalb von der Stadt Augsburg „eingestampft“ worden, weil sie nicht funktioniert habe. Vom neuen Personal mit 6,3 Stellen seien eigentlich 5,3 Stellen schon wieder fest gebucht. Es gehe nur noch um den Geschäftsführer, wobei in der Zeitung schon nachzulesen war, dass es der alte Geschäftsführer sein solle. Dies sei alter Wein in neuen Schläuchen. Bisher sei der Name "Augsburger AG" eher mit Missmanagement unterlegt gewesen. Es sei nicht erkennbar, dass sich etwas an der Struktur, am Programm oder am Konzept geändert habe. Kreisrat Buhl erklärt, er sei wenigstens beruhigt, dass nicht wieder die Parteibuchkollegen in die neue Gesellschaft der Augsburg AG kommen.

Die FDP-Fraktion sei hin- und hergerissen, ob sie der neuen GmbH zustimmen solle. Aufgrund der Chance einer besseren Vermarktung sollte man dies tun. Dies sei jedoch keine Wirtschaftsförderung, allenfalls eine mittelbare. Die eigentliche Wirtschaftsförderung trete dann ein, wenn man sich entsprechend vermarktet habe und Interessenten auf die Region zukommen.

Kreisrat Buhl verdeutlicht, dass seine Fraktion sich der Chance für ein gemeinsames Auftreten der Region nicht verweigern wolle. In spätestens 2 bis 3 Jahren müsse aber unter dem Strich eine Verbesserung der jetzigen Situation erkennbar sein, solange die Sparkassen noch mit im Boot seien. Sonst sollte sich der Landkreis auch nicht scheuen, die Mitgliedschaft in dieser Gesellschaft aufzukündigen. Bis dahin benötige man belastbare Zahlen, nicht nur Zahlungen.

Zur Bildung eines Arbeitskreises merkt Kreisrat Buhl an, dass dem Kreistag heute mit Hinweis auf den Aufsichtsrat und dem Beirat die Beruhigungsspielle verabreicht wurde. Beiläufig sei zu erwähnen, dass es beides auch bei der Bayer. Landesbank und der AVA GmbH gegeben habe. Die Ergebnisse seien allen bekannt. Kreisrat Güller habe heute die Arbeit der Augsburg AG in der Vergangenheit positiv gewürdigt. Dies sei zwar sehr interessant, aber eher parteipolitisch unterlegt. Eigentlich habe die Augsburg AG mehr Negativschlagzeilen gemacht als positive Akzente gesetzt. Wenn nun von Verbesserungen bei der Messe die Rede sei, dann habe nicht die Augsburg AG diese Verbesserungen durchgesetzt. Vielmehr hätten Aussteller Alarm geschlagen, dass es so nicht weitergehen könne. Aufgrund dessen werde nun eine neue Messehalle gebaut.

Kreisrat Buhl teilt mit, seine Fraktion werde der Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH insgesamt, allerdings derzeit mit Bauchschmerzen, zustimmen.

Beschluss:

1. Der Kreistag des Landkreises Augsburg stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrag der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH zu. Redaktionelle Änderungen im Gesellschaftsvertrag können ohne erneutes Einbringen in die Gremien vorgenommen werden, soweit die wesentlichen Inhalte des Vertrages davon nicht berührt sind.
2. Der Kreistag stimmt dem Finanzierungs- und Personalausstattungskonzept zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 61
Nein-Stimmen: 0

**TOP 2 Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH
Vorlage: 09/0093**

Der Landkreis Augsburg gründet, vorbehaltlich der Zustimmung des Kreisausschusses am 25.05.2009 und des Kreistages am 28.05.2009, gemeinsam mit der Stadt Augsburg und dem Landkreis Aichach-Friedberg zum 01.07.2009 die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH. Im Gesellschaftsvertrag ist bei den Gremien u. a. auch ein Aufsichtsrat (§ 8 bis § 11) vorgesehen, der sich aus insgesamt 11 Mitgliedern (§ 8 Nr. 2) zusammensetzt. Der Landkreis Augsburg entsendet dabei 3 Mitglieder.

Die Mitglieder sollen aus der Mitte des Kreistages bestellt werden, der Landrat ist dabei kein geborenes Mitglied. Der Landkreis hat für die laufende Wahlperiode die Berechnung nach Hare-Niemeyer zugrunde gelegt. Hiernach entfällt auf die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die FW-Fraktion je ein Vertreter.

Der Kreisausschuss hat die Gründung der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH und die Besetzung des Aufsichtsrates in seiner Sitzung am 25.05.2009 vorberaten.

Vorbehaltlich der zustimmenden Beschlussfassung des Kreisausschusses sowie des Kreistages wird gebeten, dass die o. g. Fraktionen jeweils einen Vertreter und einen Stellvertreter bestellen.

Finanzielle Auswirkungen:			
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Nach Darstellung des Sachverhalts durch **Herrn Gerhardt** werden von den Fraktionen folgende Vorschläge unterbreitet:

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
CSU	Martin Sailer	Hansjörg Durz
SPD	Franz Neher	Dr. Simone Strohmayer
FW	Bernhard Hannemann	Stefan Steinbacher

Kreisrätin Jung bedauert, dass nicht alle Fraktionen im Aufsichtsrat vertreten sind. Wenn es einen Arbeitskreis geben sollte, würde sich ihre Fraktion dem heutigen Beschluss nicht verweigern.

Landrat Sailer sichert zu, im Nachgang zu prüfen, inwieweit die übrigen Fraktionen in irgendeiner Form beteiligt werden können.

Beschluss:

Für den Aufsichtsrat der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH werden folgende Mitglieder benannt:

Fraktion	Mitglied	Stellvertreter
CSU	Martin Sailer	Hansjörg Durz
SPD	Franz Neher	Dr. Simone Strohmayer
FW	Bernhard Hannemann	Stefan Steinbacher

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 61
Nein-Stimmen: 0

**TOP 3 Beirat für Soziales und Seniorenfragen im Landkreis Augsburg;
Änderung der Geschäftsordnung und Bestellung der stellvertretenden Mitglieder
Vorlage: 09/0081**

Anlagen:

1. Geschäftsordnung des Beirates:

In der bisherigen Fassung der Geschäftsordnung des Beirates war eine Vertretungsregelung für die Kreistagsmitglieder nicht vorgesehen, aus Sicht der Verwaltung aber entsprechend der Regelung für den Kreistag für die Mitglieder zu ergänzen (§ 2 Abs. 3).

Die weitergehenden Änderungen betreffen vorwiegend eine Anpassung der Regelung über Zuständigkeiten (Geschäftsführung und Protokollierung, § 6 Abs. 1).

Künftig soll auch über eine Änderung der Geschäftsordnung der Kreisausschuss entscheiden können (§ 6 Abs. 2).

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 30.03.2009 einstimmig beschlossen, dem Kreistag eine Änderung der Geschäftsordnung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu empfehlen.

2. Mitglieder des Beirates:

Soweit der Kreistag der Änderung der Geschäftsordnung zustimmt, sind die von den Fraktionen vorgeschlagenen stellvertretenden Mitglieder zu bestellen. Soweit Vorschläge noch nicht abgegeben wurden, können diese bis zur Sitzung nachgeholt werden.

Vorschlag der Fraktionen:

Mitglied	1. Stellvertreter/in:	2. Stellvertreter/in:
Frau KR'in Gabriele Huber	Frau KR'in Sabine Höchtl-Scheel	Herr KR Gerhard Mößner
Herr KR Gerhard Ringle	Herr KR Franz Settele	Herr KR Dieter Gerstmayr
Frau KR'in Carolina Trautner	Herr KR Dieter Gerstmayr	Herr KR Franz Settele
Herr KR Peter Högg	Herr KR Gerhard Mößner	Frau KR'in Sabine Höchtl-Scheel
Frau KR'in Renate Durner		
Herr KR Hannes Grönniger	Herr KR Paul Reisbacher	Frau KR'in Ursula Jung
Herr KR Robert Steppich		

Finanzielle Auswirkungen:			
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Der oben stehende Sachverhalt wird von **Herrn Beck** vorgetragen. Der Kreistag fasst dazu folgenden

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt den Änderungen der Geschäftsordnung für den Beirat für Soziales und Seniorenfragen und damit der Geschäftsordnung mit Stand 31.03.2009 zu.
2. Entsprechend den Vorschlägen der Fraktionen werden als 1. und 2. Stellvertreter/innen bestellt:

Mitglied bestellt!)	(bereits	1. Stellvertreter/in:	2. Stellvertreter/in:
Frau KR'in Gabriele Huber		Frau KR'in Sabine Höchtl-Scheel	Herr KR Gerhard Mößner
Herr KR Gerhard Ringler		Herr KR Franz Settele	Herr KR Dieter Gerstmayr
Frau KR'in Carolina Trautner		Herr KR Dieter Gerstmayr	Herr KR Franz Settele
Herr KR Peter Högg		Herr KR Gerhard Mößner	Frau KR'in Sabine Höchtl-Scheel
Frau KR'in Renate Durner		Hannelore Britzlmair	Sabine Grünwald
Herr KR Hannes Grönninger		Herr KR Paul Reisbacher	Frau KR'in Ursula Jung
Herr KR Robert Steppich		Frau KR'in Annemarie Finkel	Herr Stv. LR Johann Häusler

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

TOP 4	Abfallwirtschaft Jahresabschluss zum 31.12.2007; - Feststellung und Ergebnisverwendung gemäß § 25 Abs. 3 EBV - Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2007 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO Vorlage: 09/0089
--------------	--

Anlagen: Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang mit Anlagennachweis und Lagebericht zum 31.12.2007 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Augsburg

1. Feststellung und Ergebnisverwendung gemäß § 25 Abs. 3 EBV:

Der Jahresabschluss 2007 wurde dem Werkausschuss über den Landrat in der Sitzung am 17.04.2008 gemäß § 25 Abs. 1 EBV i. V. m. § 10 Abs. 2 der Betriebssatzung vorgelegt. Anschließend wurde dieser in das handels- und kommunalrechtlich vorgeschriebene Prüfungsverfahren verwiesen.

Inzwischen ist sowohl die Abschlussprüfung (durchgeführt vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband – BKPV) als auch die örtliche Prüfung (durchgeführt von Prüfungsausschuss und Kreisrechnungsprüfungsamt) abgeschlossen. Die dabei im Rahmen der beiden Prüfungsberichte erteilten **Bestätigungsvermerke** haben folgenden Wortlaut:

Bestätigungsvermerk des **Abschlussprüfers** vom 10.10.2008:

„Die Buchführung und der Jahresabschluss für das Jahr 2007 entsprechen nach unserer pflichtgemäßen Prüfung den Rechtsvorschriften und der Betriebssatzung. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss; die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden geprüft; sie geben keinen Anlass zu Beanstandungen.“

Prüfungsbestätigung zur **örtlichen Prüfung** vom 04.03.2009:

„Die Jahresrechnung und der Jahresabschluss 2007 wurden im Rahmen der Art. 89 und 92 LKrO geprüft. Der Prüfung lagen hierzu der vom Wirtschaftsprüfer Max Reisch, 86830 Schwabmünchen erstellte Bericht vom 28.03.2008 mit den in der EBV und dem HGB geforderten Inhalten und Anhang sowie der Bericht des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes über die Abschlussprüfung vom 10.10.2008 zu Grunde.

Die Prüfung erfolgte stichprobenweise. Prüfungserinnerungen oder wesentliche Mängel, die einer Feststellung der Jahresrechnung und des Jahresabschlusses 2007 entgegenstehen, hat die Prüfung nicht ergeben.

Der weitere verfahrensrechtliche Weg im Sinne des § 25 Abs. 3 EBV und Art. 88 LKrO (Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und entsprechende Entlastung) über den Werkausschuss im Kreistag kann somit beschriftet werden.“

Das **Jahr 2007** schließt somit **zum 31.12.2007** mit einem

Jahresüberschuss in Höhe von	5.057.357,78 €
bei einer Bilanzsumme in Höhe von	51.975.358,58 €

Gemäß § 25 Abs. 3 EBV ist nun vom **Kreistag**

- die **Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007** und
- die **Behandlung des Jahresüberschusses 2007**

zu beschließen.

Der Werkausschuss hat diese Angelegenheit in seiner Sitzung vom 07.05.2009 behandelt und dem Kreistag empfohlen, den Jahresabschluss 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg gemäß § 25 Abs. 3 EBV festzustellen und den Jahresüberschuss 2007 in Höhe von 5.057.357,78 € der Kapitalrücklage zuzuführen.

Die **Zuführung des Jahresüberschusses 2007 zur Kapitalrücklage** führt im Jahr der Beschlussfassung zu einer entsprechenden Erhöhung der Bilanzposition „Kapitalrücklage“ und gleichzeitig zu einer entsprechenden Reduzierung der Bilanzposition „Gewinnvortrag“. Beide Positionen gehören dem auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital an.

2. Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2007 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO:

Durch das insoweit am 01.08.2004 in Kraft getretene Gesetz zur Änderung des Kommunalrechts vom 26.07.2004 (GVBl. S. 272) wurden auch die Vorschriften über die Entlastung neu gefasst (Art. 88 LKrO). Während der Kreistag bislang erst nach Abschluss der überörtlichen Rechnungsprüfung über die Entlastung zu beschließen hatte, beschließt er seither bereits nach Abschluss der örtlichen Prüfung der Jahresabschlüsse über die Entlastung. Mit der Entlastung stellt der Kreistag fest, dass der Landrat und die Werkleitung ordnungsgemäße Haushaltswirtschaft und Wirtschaftsführung betrieben haben.

Der Werkausschuss hat diese Angelegenheit in seiner Sitzung vom 07.05.2009 behandelt und dem Kreistag empfohlen, die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für das Wirtschaftsjahr 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg zu erteilen.

Frau Schneider-Dempf erläutert den Sachverhalt. Der Kreistag fasst anschließend folgenden

Beschluss:

1. Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 07.05.2009 stellt der Kreistag den Jahresabschluss zum 31.12.2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg gemäß § 25 Abs. 3 EBV fest und beschließt gleichzeitig, den Jahresüberschuss 2007 in Höhe von 5.057.357,78 € der Kapitalrücklage zuzuführen.
2. Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 07.05.2009 erteilt der Kreistag die Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für das Wirtschaftsjahr 2007 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

TOP 5	Abfallwirtschaft Jahresabschluss zum 31.12.2009; Bestellung eines Prüfers gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung Vorlage: 09/0090
--------------	--

Der für jedes Wirtschaftsjahr zu erstellende Jahresabschluss ist nach § 25 Abs. 2 Satz 1 Eigenbetriebsverordnung (EBV) entsprechend den hierfür geltenden gesetzlichen Vorschriften zu prüfen.

Die Abschlussprüfung erstreckt sich dabei auf die Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts. Dabei werden auch geprüft

- die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung,
- die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität,
- die verlustbringenden Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
- die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrags.

Hiervon zu unterscheiden sind die örtliche und die überörtliche Prüfung. Sie haben zwar ähnliche Prüfungsinhalte, jedoch haben die örtliche und die überörtliche Prüfung auf die Ergebnisse der Abschlussprüfung mit abzustellen. Sie folgen somit auf die Abschlussprüfung.

Die örtliche Prüfung wird durch den Rechnungsprüfungsausschuss mit Unterstützung des Kreisrechnungsprüfers, die überörtliche Prüfung vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (überörtliches Prüfungsorgan) durchgeführt.

Die Abschlussprüfung dagegen wird gemäß Art. 93 Abs. 2 Landkreisordnung (LKrO) vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband oder von einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt.

Die Entscheidung hierüber obliegt gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 5 der Betriebssatzung dem Kreistag.

Die inzwischen vollständig abgeschlossenen Abschlussprüfungen der Jahresabschlüsse 1998 bis 2007 sind jeweils vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) durchgeführt worden. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 beginnt laut Mitteilung des BKPV voraussichtlich am 05.10.2009.

Gemäß § 4 Abs. 2 der Kommunalwirtschaftlichen Prüfungsverordnung (KommPrV) ist der Abschlussprüfer rechtzeitig vor Ablauf des Wirtschaftsjahres zu bestellen, auf das sich seine Prüfungstätigkeit erstreckt.

Der Werkausschuss hat diese Angelegenheit in seiner Sitzung vom 07.05.2009 behandelt und dem Kreistag empfohlen, den BKPV zum Prüfer für den Jahresabschluss 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg zu bestellen.

Von **Frau Schneider-Dempf** wird der Sachverhalt erläutert. Daraufhin fassen die Mitglieder des Kreistages wie folgt

Beschluss:

Auf Empfehlung des Werkausschusses vom 07.05.2009 beschließt der Kreistag, den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband zum Prüfer für den Jahresabschluss 2009 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Augsburg zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	61
Nein-Stimmen:	0

TOP 6 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Augsburg Vorlage: 09/0091
--

Anlagen: 1 Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Augsburg

Nach Art. 82 Abs. 3 LKrO hat der Landkreis einen Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, wenn ihm mindestens der zwanzigste Teil (entspricht 5 v. H.) der Anteile eines Unternehmens gehört. Der Bericht soll dabei insbesondere Angaben über

- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft,
- die Bezüge der einzelnen Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmensorgans,
- die Ertragslage und die Kreditaufnahme

enthalten. Haben die Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmerorgans ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Einzelbezüge nicht erklärt, sind ihre Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum jeweiligen Jahresabschluss aufgenommen werden. Hierbei ist die Erleichterung des § 286 Abs. 4 HGB beachtlich, wonach die Angabe der Gesamtbezüge dann unterbleiben kann, wenn sich hiernach die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.

Der Landkreis Augsburg legte erstmals in der Sitzung des Kreisausschusses am 10.07.2000 einen Beteiligungsbericht vor, der seine Beteiligungen an privaten Unternehmen im Jahr 1999 (Berichtsjahr: 1998) beinhaltete. Bereits mit dem damaligen Bericht ging der Landkreis Augsburg dabei über die gesetzliche Verpflichtung hinaus und bildete alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen des Privatrechts unabhängig von der Höhe der Anteile sowie sämtliche öffentlich-rechtlichen Beteiligungen (Zweckverbände und Zweckvereinbarungen) ab. Ebenso wurde auf Anstalten des öffentlichen Rechts und die Sonderform des kommunalen Eigenbetriebs eingegangen. Diese Maßgabe wurde auch bei Vorlage der folgenden Beteiligungsberichte übernommen. Auf diese Weise wurde weiterhin ein möglichst hohes Maß an Transparenz der weiten und vielschichtigen Betätigung des Landkreises Augsburg – über seine direkte Verwaltung hinaus – gewährleistet. Ab dem Beteiligungsbericht 2002 / 2003, der die Geschäftsjahre 2001 und 2002 abbildete, wurden darüber hinaus, dem Wunsch des Kreisausschusses folgend, auch den Mitgliedschaften in Vereinen mehr Raum gewidmet.

Der Beteiligungsbericht 2008 (Berichtsjahr 2007) liegt nunmehr ebenso vor und setzt diese Informationskette fort.

Gemäß der Landkreisordnung ist der Bericht nach der Vorberatung im Kreisausschuss dem Kreistag vorzulegen und anschließend ortsüblich bekannt zu geben.

Von **Herrn Seitz** wird der Sachverhalt vorgetragen.

Kreisrat Müller stellt fest, dass im vorliegenden Beteiligungsbericht zwar die Zahlen aus dem Jahr 2007 enthalten seien. Es wäre jedoch sinnvoll, vor einer entsprechenden Veröffentlichung auch die seit der neuen Wahlperiode in den Gremien vertretenen Vorsitzenden und Mitglieder im Beteiligungsbericht aufzuführen bzw. einen entsprechenden Hinweis anzubringen.

Landrat Sailer erklärt, es handle sich formal um den Beteiligungsbericht des Jahres 2007 mit den Vertretern der jeweiligen Gremien und schlägt zur Vermeidung von Irritationen vor, zumindest einen redaktionellen Hinweis in den Bericht aufzunehmen.

Von **Kreisrat Walter** wird zur Regio Augsburg Tourismus GmbH und zum Verkehrsverein Region Augsburg angefragt, welchem prozentualen Anteil der Mitgliedsbeitrag des Landkreises Augsburg entspricht. Er regt an, in Zukunft bei solchen Fällen auch die prozentualen Anteile in den Beteiligungsbericht einzuarbeiten.

Herr Seitz berichtet, dass neben den 3 Gebietskörperschaften, namentlich die Stadt Augsburg, der Landkreis Augsburg und der Landkreis Aichach-Friedberg, Privatpersonen, Hoteliers, das Gaststättengewerbe etc. Mitglieder in diesem Verein sein können. Auf jeden Fall habe die öffentliche Hand die Majorität, zumal die Privatpersonen nur einen geringen Mitgliedsbeitrag leisten. Die Landkreise bestreiten einen Mitgliedsbeitrag in derselben Höhe, multipliziert mit ihrer Einwohnerzahl, während die Stadt Augsburg einen höheren Beitrag pro Einwohner zahle.

Kreisrat Walter erklärt, er wolle wissen, wie die Quoten verteilt seien und welches Mitspracherecht der Landkreis Augsburg in Bezug auf diese GmbH habe.

Eine entsprechende Beitragsquote kann nach Mitteilung von **Landrat Sailer** künftig im Beteiligungsbericht dargestellt werden. Er weist aber darauf hin, dass die Einflussnahme des Landkreises als Nichtgesellschafter nur bedingt und allenfalls mittelbar über die entsprechenden Gremien möglich sei.

Strehle und eines weiteren Kollegen mit Nein gestimmt. Von den Grünen und den Freien Wählern wurde der Antrag befürwortet.

Kreisrat Güller stellt fest, dass der Antrag somit entgegen aller Worte abgelehnt worden sei, die nicht nur von den regionalen CSU- und FDP-Vertretern, sondern auch überregional bis hin zum Ministerpräsidenten bislang geäußert wurden.

Nun gebe es noch eine kleine Chance in Form eines Antrags der Grünen, der sich nach wie vor in der Beratung des Bayer. Landtags befinde. Insofern wäre es die Aufgabe der nächsten Tage und Wochen, bei den beiden Landtagsfraktionen CSU und FDP dafür zu sorgen, dass sich die richtige Position durchsetze. Kreisrat Güller verdeutlicht, es sollte nun nicht weiter um den unsäglichen Streit gehen, ob der Bund oder das Land zuständig sei. Leider sei im Bayer. Landtag genau das Gegenteil passiert. Deshalb zeigt sich Kreisrat Güller skeptisch, ob mit einer weiteren Petition noch etwas erreicht werden könne. Besser wäre es, im Landtag endlich so abzustimmen, wie es den vielen Menschen in der Region ansonsten vermittelt werde.

Auch von **Stellvertreter des Landrats Strehle** wird hervorgehoben, dass die dritten Gleise erforderlich seien, um einen gut funktionierenden Öffentlichen Personennahverkehr in der Region sicherzustellen. Dieses Anliegen reiche schon länger zurück. Es habe verschiedene Bemühungen gegeben. Richtig sei, dass das Hin- und Herschieben der Zuständigkeiten zwischen Bund und Land aufgelöst werden müsse. Auch hierzu habe es verschiedene Initiativen gegeben. Der gestrige Antrag sollte ebenfalls dazu beitragen.

Was die CSU-Fraktion im Landtag angehe, so habe Ministerpräsident Seehofer beim Schwabenempfang der IHK im Januar 2009 unmissverständlich erklärt, dass für den Ausbau der Strecke Augsburg-Ulm und damit für das dritte Gleis eine Vorfinanzierung durch den Freistaat Bayern vor allem im Hinblick auf die Planung erfolgen müsse. Sobald Bundesmittel zur Verfügung stehen, könnte dann mit der Maßnahme begonnen werden. Stellvertreter des Landrats Strehle berichtet, dass er sich in der gestrigen Sitzung auf die Worte von Ministerpräsident Seehofer beim IHK-Empfang bezogen habe, worauf sich die anderen Kollegen gewunden und erklärt hätten, dass Ministerpräsident Seehofer beim Empfang aber nicht von der Strecke Augsburg-Meitingen gesprochen habe. Dies sei sicherlich richtig. Stellvertreter des Landrats Strehle betont, er halte das Projekt Augsburg-Meitingen allerdings für ebenso wichtig.

Darüber hinaus informiert er über zwei Kabinettsbeschlüsse, die bislang nicht aufgehoben seien. Diese beinhalten sogar die Vorfinanzierung der Baumaßnahme Augsburg-Dinkelscherben durch den Freistaat Bayern. Stellvertreter des Landrats Strehle führt weiter aus, er jedenfalls vertraue „noch“ auf die Zusage des Ministerpräsidenten und glaube daran, dass er dies auch umsetzen werde. Alle darüber hinaus erbrachten Initiativen seien hierfür durchaus hilfreich. Landrat Sailer habe sich schriftlich und neuerdings auch in Gesprächen mit dem Wirtschaftsminister für diese Sache eingesetzt. Das Problem liege nun an der neuen Führung des Wirtschaftsministeriums, das sich für nicht zuständig erklärt und darauf verwiesen habe, dass es sich um eine Fernverkehrsstrecke handle und somit der Bund zuständig sei. Nun gehe das „Schwarze Peter“-Spiel wieder von vorne los. Dies gehöre aufgelöst. Dazu gebe es eine gewisse Parallele zur Frage Klinikum. Auch hier werde vom Ministerpräsidenten eine Zusage gemacht, während der Ressortminister erkläre, dies gehe ihn nichts an.

Landrat Sailer unterstreicht diese Aussagen. Die Region dürfe sich diese Geschehnisse nicht mehr bieten lassen. Er informiert über eine ursprünglich für die Kreistagspost vorgesehene Einladung, die anschließend an alle Kreistagsmitglieder verteilt werde. Für den 24.06.2009 solle darin gemeinsam mit dem Landratskollegen Hubert Hafner, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl und Bgm. Otto Völk zu einer Veranstaltung nach Diedorf geladen werden, um den Druck auf die Bayer. Staatsregierung nochmals deutlich zu erhöhen.

Landrat Sailer merkt an, er sei weit weg davon, sich mit irgendwelchen Personen der Staatsregierung persönlich auseinanderzusetzen. Wenn jedoch ein Kabinettsmitglied an die zwei Kabinettsbeschlüsse erinnert werden müsse, wonach der Freistaat nicht nur die Planung, sondern auch den Bau der Strecke Augsburg-Ulm mit 50 Mio. € vorfinanzieren wolle, dieses Kabinettsmitglied von den Beschlüssen jedoch gar nichts wisse, dann müsse man zunächst die Hausaufgaben machen, bevor man sich in der Region und zu Fragen der Region äußere.

Bei der Kundgebung am 24. Juni in Diedorf wolle man deshalb ein ganz deutliches Signal setzen. Es solle eingefordert werden, dass der Freistaat Bayern die Mittel zur Planung auf den beiden Teilstrecken Richtung Ulm und Richtung Donauwörth vorfinanziere. Bei der Regierung von Schwaben wurden hierzu Erkundigungen eingeholt. Für das Planfeststellungsverfahren der Gesamtstrecke Augsburg-Ulm habe die Regierung von Schwaben einen Betrag von etwa 6 bis 8 Mio. € veranschlagt. Bekomme man die Hälfte davon über EU-Mittel finanziert, dann gehe es noch um eine Belastung für den Haushalt des Freistaates Bayern von 4 Mio. € und zwar gestreckt über die nächsten 6 bis 8 Jahre. Landrat Sailer stellt deshalb fest, dass die finanzielle Situation nicht das Thema sein könne. Es gehe vielmehr um eine rein politische Entscheidung. Deshalb müsse der Druck nochmals erhöht werden. Er würde sich freuen, wenn möglichst viele Kreistagsmitglieder Zeit fänden, beim Termin in Diedorf dabei zu sein.

Von **Kreisrat Liebert** wird an das zweite und nicht minder wichtige Thema, den Ausbau der Strecke Augsburg-Meitingen, erinnert. Dies wurde von ihm bei den Bahnkonferenzen auch problematisiert. Auf dieser Strecke fahren bisher pro Tag 99 Güterzüge. Die Bahn plane, künftig 283 Güterzüge pro Tag auf diese Strecke zu bringen. Dies sei auf den jetzt vorhandenen Gleisen nicht möglich. Kreisrat Liebert erklärt, er unterstütze dieses Anliegen sehr wohl, bitte aber auch um Solidarität gegenüber der Strecke Augsburg-Meitingen. Der Ausbau müsse im Gleichschritt mit dem Ausbau der Strecke Augsburg-Dinkelscherben erfolgen.

Landrat Sailer unterstreicht diese Aussage. Die ganze Diskussion beinhalte selbstverständlich auch die Strecke in Richtung Donauwörth.

Auch **Stv. Landrat Häusler** bekräftigt, dass nun endlich ein Gesamtverkehrskonzept umgesetzt werden müsse. Aufgrund der Vorgaben des Nahverkehrsplans aus dem Jahr 1992 müssten die Züge eigentlich schon lange fahren. Es sei deshalb frustrierend, mitzuerleben, dass über den Norden eigentlich schon niemand mehr spreche. Aber auch wenn es um den Westen gehe, sei es aus der jetzigen Sicht schon fast zu wenig, wie Stellvertreter des Landrats Strehle „noch“ an das Wort des Ministerpräsidenten zu glauben. Dies habe der Ministerpräsident in Augsburg einerseits definitiv versprochen, andererseits kurz darauf über die Presse mitteilen lassen, dass dies noch nicht in trockenen Tüchern gewesen sei.

Wenn nun das frühere Kompetenzgerangel zwischen Bund und Land zwischen den beiden Koalitionsparteien zum Nachteil der Region weiter gespielt werde, dann sei dies für die Betroffenen nicht akzeptabel. Gemeinsam sollte deshalb fraktions- und parteiübergreifend nochmals überregional verdeutlicht werden, dass diese Maßnahme essenziell für den drittgrößten Wirtschaftsraum in Bayern sei, um endlich einmal halbwegs in Gleichklang mit den beiden anderen Regionen München und Nürnberg zu kommen. Mittlerweile werde die Region Augsburg ja schon von Würzburg und Regensburg abgehängt. Dies dürfe man sich auf Dauer nicht mehr bieten lassen.

Von **Kreisrat Buhl** wird angemerkt, er konnte aus der Diskussion versteckte Schuldzuweisungen der beiden großen Parteien an die kleine FDP entnehmen. Er gibt zu verstehen, dass es nicht angehen könne, dass der Ministerpräsident stets vollmundige Versprechungen leiste, die seine Minister dann halten sollen. Dann müsse der Ministerpräsident auch die Finanzierung sicherstellen. Das Pingpong-Spiel zwischen Berlin und München dauere inzwischen schon 10 Jahre an. Die großen Parteien sollten einmal darüber nachdenken, wer hie-

ran schuld sei und nicht den kleinen Koalitionspartner, der gerade einmal 8 Monate mitregiere, zur Altlastensanierung heranziehen.

Landrat Sailer führt dazu aus, er habe am 12. Februar einen Brief zum Thema Staudenbahn an den Wirtschaftsminister geschrieben. Bis heute habe er hierauf keine Antwort bekommen. Deshalb habe er am 29. April die Beantwortung dieses Schreibens angemahnt. Die Verwaltung habe zudem mindestens zehnmal in dieser Sache nachtelefoniert. Als Minister Zeil in der letzten Woche in Augsburg gewesen sei und ihm erklärt habe, er könne sich einfach melden, wenn irgendetwas wäre, habe er deutlich gemacht, dass er seit Mitte Februar auf eine Antwort in Sachen Staudenbahn warte.

Landrat Sailer stellt fest, Minister Zeil habe von den Themen der Region bisher keine Ahnung. Es werde anerkannt, dass die Minister unter Zeitdruck und Terminnot stehen. Allerdings wäre es angebracht, sich zunächst zu informieren, bevor man irgendwelche Aussagen treffe. So könne man nicht miteinander umgehen. Er habe dem Wirtschaftsminister deshalb auch klar zu verstehen gegeben, dass die Geduld der Landräte nicht unerschöpflich sei. Dieser Punkt sei jetzt erreicht. Er werde sich deshalb auch beim Ministerpräsidenten beschweren. Es könne nicht sein, dass Kabinettsmitglieder einen solchen Umgang mit den Landräten pflegen. Schließlich gehe es um die Anliegen der Region, für die man miteinander kämpfe.

Kreisrat Güller merkt zur Aussage von Kreisrat Buhl an, dass es den Kreistag nicht entscheidend weiter bringe, darüber zu diskutieren, wer in den letzten 10 Jahren die Mehrheit hatte. Er stelle jedoch fest, dass eine Mehrheit vorhanden gewesen wäre, wenn im Bayer. Landtag die FDP sowie die regionalen CSU-Abgeordneten gemeinsam mit der SPD gestimmt hätten.

Weiter legt Kreisrat Güller dar, dass er Meitingen und Dinkelscherben nicht auseinander dividieren wolle. Darum sei auch ein gemeinsamer Antrag im Landtag gestellt worden. Allerdings gebe es für die Strecke in Richtung Dinkelscherben einen alten Kabinettsbeschluss, der nicht aufgehoben wurde und somit nach wie vor gültig sei. Sei jemand neu im Kabinett und der Auffassung, diese alten Beschlüsse müssten geändert werden, dann müsse er dies vorbringen, damit neu hierüber abgestimmt werden könne.

Nachdem es diesen Kabinettsbeschluss zum dritten Gleis in Richtung Dinkelscherben gebe, sei die SPD zur Vermeidung von Verwerfungen gerne bereit, gemeinsam diesen Halbantrag zu stellen. Gleichwohl müsse das Thema Meitingen weiter mit aufgegriffen werden. Kreisrat Güller informiert aber auch darüber, dass ein schwäbischer Kollege im Wirtschaftsausschuss dazu eine hanebüchene Position vertreten habe. So wurde einer Vorfinanzierung generell nicht zugestimmt mit der Begründung, es sei nicht Aufgabe des Freistaates, Maßnahmen des Bundes vorzufinanzieren.

Grundkonsens im Kreistag sollte daher sein, keinen weiteren Streit mehr darüber zu führen, ob es sich nun um Mittel des Bundes oder um Regionalisierungsmittel handle. Vielmehr müsse man bereits eine Planung in der Tasche haben, wenn es wieder Baumittel gebe. Die Kosten hierfür betragen bis nach Ulm ca. 4 Mio. €, bis Dinkelscherben würde nicht einmal die Hälfte dieses Betrages anfallen. Gleiches würde für die Strecke Augsburg-Meitingen gelten. Im Bayer. Landtag werde zwar über 10 Mrd. Euro für die Bayer. Landesbank diskutiert, jedoch nicht darüber, ob man eine solche Infrastrukturmaßnahme hinbekommen könne.

Kreisrat Güller weist darauf hin, die SPD sei gerne bereit, ihre Anträge zurückzustellen, um zu formulieren oder mit anderen zusammen zu stellen. Hieran solle es nicht scheitern.

Von **Kreisrat Buhl** wird vorgebracht, dass ihn die Aussagen des Landrats durchaus nachdenklich stimmen. Er werde der Sache auf seine Art und Weise nachgehen. Es wäre schön, wenn der Landrat die FDP bei künftigen Gesprächen entsprechend einbinden oder durch Kopie eines Schreibens zumindest begleitend informieren würde. Im Übrigen sei er auf seine

Initiative hin mit allen bayerischen FDP-Bezirksräten am 24. Juni bei der Fraktion der FDP im Bayer. Landtag, so Kreisrat Buhl. Dort werde er das Thema ebenfalls vorbringen.

Kreisrat Reisbacher wirft die Frage auf, ob es vielleicht sein könne, dass die 4 Mio. € für den Freistaat Bayern zu wenig Geld seien. Damit dieser Eindruck nicht entstehe, sei es ganz wichtig, dass möglichst viele am 24. Juni in Diedorf anwesend seien, um ihren Willen zum Ausdruck zu bringen.

Kreisrätin Besserer hält es bezüglich der dritten Gleise für ganz wichtig, dass wirklich beide Strecken zusammen geplant werden. Ansonsten wäre dies nur ein Stückwerk, da beide Strecken in Augsburg-Oberhausen zusammenlaufen.

Kreisrätin Jung greift nochmals das Thema Nahverkehr auf, und zwar auf Wunsch des Kollegen Schoner, der heute nicht anwesend sein könne. Kreisrat Schoner habe noch einmal in den Staudengemeinden recherchiert, ob sich inzwischen Veränderungen bei der Anbindung und Stärkung des ländlichen Raums ergeben haben. Kreisrätin verweist auf die vorhandene große Kritik an der verkehrlichen Entwicklung in diesem Bereich. Im Bereich der westlichen Wälder fühlen sich viele Staudengemeinden abgehängt. Die Vorschläge aus den Arbeitskreissitzungen der Regionalentwicklung Stauden seien nur in einem so geringen Umfang berücksichtigt worden, dass dies keine Verbesserung darstelle. Vom AVV wurden die Forderungen der Staudengemeinden als nicht sinnvoll erachtet. Die Frage sei, wie man in diesen Bereichen künftig weitermachen wolle. Dem politischen Gremium sollte eine größere Entscheidungsfreiheit zustehen und nicht nur darauf abgestellt werden, dass der AVV in Eigeninitiative prüfe und dann entscheide, ob eine Maßnahme sinnvoll sei oder nicht.

Landrat Sailer erklärt, ihm sei die Stellungnahme des AVV zu den einzelnen Vorschlägen nicht bekannt. Er schlägt jedoch vor, das Thema Nahverkehr im Herbst nochmals auf die Tagesordnung einer Kreistagssitzung zu nehmen.

Von **Kreisrat Müller** (SPD) wird ein Thema angesprochen, das im südlichen Landkreis derzeit viele Menschen bewegt. Dies sei das Heizkraftwerk in Ettringen. Heute konnte der Zeitung entnommen werden, dass offensichtlich einer der Kritikpunkte bei der Anhörung gewesen sei, dass der Regionale Planungsverband Donau-Iller als zuständiger Planungsverband eingeschaltet sei, nicht jedoch der Regionale Planungsverband Augsburg. Kreisrat Müller möchte wissen, ob der Regionale Planungsverband Augsburg hierzu noch etwas beisteuern könne oder wie sich der Landkreis positionieren könne, damit die Situation im Interesse der Bevölkerung im südlichen Landkreis Augsburg nicht eskaliere.

Als bedenklich wird es von **Landrat Sailer** angesehen, dass sich die Verhandlungsführung anscheinend etwas schwierig gestalte. Er wolle deshalb versuchen, nochmals auf seinen Kollegen, Landrat Weirather, zuzugehen. Den Beteiligten und den Bürgern müsse trotz aller Herausforderungen in einem solchen Mammutverfahren der Eindruck vermittelt werden, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und dieses Anhörungsverfahren tatsächlich ein Dialogverfahren sei, nicht nur ein Durchwinken von möglichst vielen Anträgen in möglichst kurzer Zeit.

Warum der Regionale Planungsverband Augsburg bislang nicht eingeschaltet wurde, kann Landrat Sailer nicht nachvollziehen und bittet Herrn Schneider hierzu um Stellungnahme.

Darüber hinaus informiert er über zwei einstimmige Beschlüsse im Bau- und Umweltausschuss in den Jahren 2006 und 2009, in denen sich der Landkreis die Anliegen und Bedenken der Landkreisgemeinden vor Ort zu Eigen mache.

Herr Schneider berichtet, ihm sei in seiner Funktion als Geschäftsführer des Regionalen Planungsverbandes momentan keine Anfrage bzw. Beteiligung als Träger öffentlicher Belange bekannt. Er müsse sich diesbezüglich zunächst beim Verhandlungsführer, dem Landratsamt Unterallgäu, erkundigen, ob der Regionale Planungsverband Augsburg als benachbarter Planungsverband als Träger öffentlicher Belange überhaupt in das Verfahren einbezogen worden sei oder werden müsse.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die geleistete Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Martin Sailer
Landrat

Ulla Berger
Verw.Angestellte